

Richtlinie des Landes Hessen zur Durchführung eines Soforthilfsprogramms für gewerbliche Unternehmen und Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft, Selbstständige, Soloselbstständige und Angehörige Freier Berufe, die infolge der Corona-Virus-Pandemie 2020 in ihrer Existenz gefährdet sind – (Corona-Virus-Soforthilfsprogramm Hessen 2020) vom 27.03.2020

1. Zielsetzung

Die Corona-Virus-Pandemie hat schwerwiegende Folgen für Menschen auf der ganzen Welt und auch bei uns in Hessen. Die Hessische Landesregierung bietet ein weitreichendes Unterstützungsangebot an, um Arbeitsplätze zu schützen und Unternehmen aller Branchen zu unterschützen.

Ziel dieser Richtlinie ist es, wirtschaftliche Schäden, die aufgrund der Corona-Virus-Pandemie zu einer Existenzgefährdung von Unternehmen, Selbstständigen, Soloselbstständigen und Angehörigen Freier Berufe im Jahr 2020 führen, zu verhindern. Zu diesem Zweck gewährt das Land Hessen Soforthilfen in Form von Zuschüssen zur Vermeidung oder Minderung der mit der Corona-Virus-Pandemie verbundenen wirtschaftlichen Belastungen.

Die Hessische Landesregierung bietet daher während der Corona-Virus-Pandemie ein Soforthilfsprogramm aus Bundes- und Landesmitteln an, um mit einem einmaligen Zuschuss gezielt existenzgefährdeten gewerblichen Unternehmen, Selbstständigen, Soloselbstständigen und Angehörigen Freier Berufe unkompliziert zu helfen.

Diese Richtlinie orientiert sich an den Voraussetzungen des Bundesprogramms, wie sie sich aus der Verwaltungsvereinbarung des Bundes und der Länder über die Soforthilfen des Bundes für die Gewährung von Überbrückungshilfen als Billigkeitsleistungen für „Corona-Soforthilfen insbesondere für kleine Unternehmen und Soloselbstständige“ vom März 2020 ergeben. Soweit diese Richtlinie keine abweichende Regelung enthält, wird diese angewendet.

2. Zuschuss zur Minderung von der Corona-Virus-Pandemie verursachten wirtschaftlichen Belastungen für gewerbliche Unternehmen und Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft, Selbstständige, Soloselbstständige und Angehörige Freier Berufe mit bis zu 50 Mitarbeiter zur Abwendung existenzbedrohender Lagen

2.1 Zweck, Rechtsgrundlage

Der Zuschuss stellt eine **einmalige** Soforthilfe aufgrund einer existenzbedrohenden Lage durch die Corona-Virus-Pandemie dar. Es handelt sich um eine Billigkeitsleistung nach § 53 LHO.

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung des Zuschusses besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2.2 Gegenstand der Förderung

Gegenstand der Förderung ist ein einmaliger nicht-rückzahlbarer Zuschuss, der ausschließlich für Antragsteller im Sinne von Ziff. 2.3 gewährt wird, die unmittelbar infolge der Corona-Virus-Pandemie in einen existenzgefährdenden Liquiditätsengpass¹ geraten ist und diesen Liquiditätsengpass nicht mit Hilfe sonstiger Eigen- oder Fremdmittel ausgleichen kann.

Die Zuschüsse werden zur Überwindung des existenzbedrohlichen Liquiditätsengpasses gewährt, die durch die Corona-Virus-Pandemie vom Frühjahr 2020 entstanden sind. Liquiditätsengpässe, die vor dem 11. März 2020 entstanden sind, sind nicht förderfähig.

2.3 Förderberechtigte

Zuschussempfängerinnen und Zuschussempfänger können in der Fortführung ihres Betriebes gefährdete **Unternehmen**² sein, die

1. Steuerpflichtige mit Einkünften aus **Land- und Forstwirtschaft** im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes (EStG),
2. Steuerpflichtige mit Einkünften aus **Gewerbebetrieb** im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 2 EStG oder § 8 Abs. 2 Körperschaftsteuergesetz (KStG),
3. Steuerpflichtige mit Einkünften aus **selbständiger Arbeit** im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 3 EStG, insbesondere Angehörige freier Berufe sowie nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG) versicherte **Künstler** oder
4. am **Markt tätige Sozialunternehmen** in der Rechtsform einer GmbH, die vom Finanzamt als steuerbegünstigte (gemeinnützige) Körperschaft im Sinne des § 5 Absatz 1 Nr. 9 KStG anerkannt wurden,

sind.

Die Zuschussempfängerinnen oder Zuschussempfänger müssen Selbstständige, Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen mit bis zu 50 Mitarbeiter (Vollzeitäquivalente (VZÄ)) im Sinne der EU-Beihilferegelungen sein.

Der Hauptsitz des antragstellenden Unternehmens bzw. Wohnsitz der antragstellenden Einzelperson muss in Hessen sein.

Nicht gefördert werden Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Rz. 20 a) bis c) der Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten (204/C 249/01), es sei denn, die Schwierigkeiten sind auf die Corona-Virus-Pandemie 2020 zurückzuführen.

Von der Gewährung der Zuschüsse ausgeschlossen sind Unternehmen, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit der Beihilfe mit dem Binnenmarkt nicht Folge geleistet haben.

2.4 Art und Umfang, Höhe des Zuschusses

Die Förderung wird als einmaliger nicht rückzahlbarer Zuschuss aus Bundes- und Landesmitteln gewährt.

Die Soforthilfe ist als Festbetrag gestaffelt nach der Zahl der Erwerbstätigen und beträgt:

¹ Ein Liquiditätsengpass ist gegeben, wenn der Antragsteller Forderungen zu befriedigen hat, für deren Begleichung absehbar keine ausreichenden liquiden Mittel zur Verfügung stehen, obwohl deren Eingang eingeplant ist.

² Gemeinnützige Unternehmen sind – unabhängig von ihrer Rechtsform- über die Formulierung „wirtschaftlich und damit dauerhaft am Markt als Unternehmen tätig“ erfasst.

- bis zu 5 Mitarbeiter: 10.000 Euro Einmalzahlung für drei Monate,
- bis zu 10 Mitarbeiter: 20.000 Euro Einmalzahlung für drei Monate,
- bis zu 50 Mitarbeiter: 30.000 Euro Einmalzahlung für drei Monate.

Teilzeitbeschäftigte sind in Vollzeitäquivalente umzurechnen.

Zur Umrechnung von Teilzeitkräften und 450 Euro-Jobs in Vollzeitäquivalente:

- Mitarbeiter bis 20 Stunden = Faktor 0,5
- Mitarbeiter bis 30 Stunden = Faktor 0,75
- Mitarbeiter über 30 Stunden = Faktor 1
- Mitarbeiter auf 450 Euro-Basis = Faktor 0,3

Auszubildende oder in der beruflichen Ausbildung stehende Personen mit Lehr- oder Berufsausbildungsvertrag (pro Person 1 VZÄ).

Obergrenze für die Höhe der Förderung ist der Betrag des durch die Corona-Krise verursachten Liquiditätsengpasses. In diesem Fall legt die Bewilligungsbehörde einen geringeren Festbetrag fest.

2.5 Verfahren

Der aufgrund der Corona-Virus-Pandemie entstandene existenzbedrohliche Liquiditätsengpass ist auf den vorgesehenen Antragsformularen zu bestätigen.

Das Antrags- und Bewilligungsverfahren wird elektronisch durchgeführt. Die Anträge sind auf der eingerichteten Online-Plattform (www.rpksh.de/Coronahilfe) zu stellen.

Die Prüfung des Antrages, die Entscheidung über die Förderfähigkeit und Auszahlung erfolgt durch **das Regierungspräsidium Kassel**. Es können nur vollständige eingegangene Anträge berücksichtigt werden.

Die **Hessischen Kammern** informieren, beraten und unterstützen ihre Mitglieder bei der Antragsstellung und machen das Unterstützungsprogramm bei ihren Mitgliedern bekannt.

2.6. Frist

Die Anträge sind bis spätestens 31. Mai 2020 an das Regierungspräsidium Kassel zu stellen.

2.7 Bedingungen

Der Zuschussempfänger ist verpflichtet, im Bedarfsfall der Bewilligungsbehörde die zur Aufklärung des Sachverhalts und zur Bearbeitung des Antrags erforderlichen Unterlagen und Informationen zur Verfügung zu stellen.

Mögliche Entschädigungsleistungen nach dem Infektionsschutzgesetz sowie zustehende Versicherungsleistungen aus Absicherung von Betriebsunterbrechungen oder Betriebsausfall sowie Leistungen Dritter werden auf den nach Nr. 2.4 vorgesehenen Zuschuss angerechnet.

Unabhängig davon ist eine Kumulierung mit sonstigen staatlichen oder EU-Hilfen zum Ausgleich der durch die COVID-19-Pandemie ausgelösten Liquiditätsengpässe im Rahmen der beihilferechtlichen Vorgaben möglich.

Die Billigkeitsleistung gilt mit der Auszahlung grundsätzlich als zweckentsprechend verwendet.

Das Regierungspräsidium Kassel überprüft auf Basis der Antragsunterlagen stichprobenartig und bei Vermutung wahrheitswidriger Angaben die zweckentsprechende Verwendung des Zuschusses. Die Bewilligungsbehörde kann auch Auskünfte bei den Steuerbehörden/Finanzämtern einholen, der Antragssteller erteilt mit seiner Antragsstellung die Einwilligung in die Offenbarung steuerrelevanter Daten (§ 30 Abgabenordnung (AO)).

2.8 Beihilfenrechtliche Einordnung

Zuschüsse nach dieser Richtlinie werden nach der Regelung zur vorübergehenden Gewährung geringfügiger Beihilfen im Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 („Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“) auf der Grundlage der Ziffern 3.1. und 4 der Mitteilung der Europäischen Kommission C(2020) 1863 final vom 19. März 2020 sowie von Artikel 107 Absatz 3b AEUV gewährt.

3. Auskunftspflichten, Prüfung

Der Hessische Rechnungshof und der Bundesrechnungshof sind berechtigt, bei den Zuschussempfängern Prüfungen durchzuführen. Dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen sowie der Bewilligungsbehörde sind auf Verlangen erforderliche Auskünfte zu erteilen, Einsicht in Bücher und Unterlagen sowie Prüfungen zu gestatten. Ebenso hat die Europäische Kommission das Recht, Bewilligungen auf Grundlage dieser Richtlinie zu überprüfen und alle dafür notwendigen Unterlagen heraus zu verlangen. Daher müssen alle für die Förderung relevanten Unterlagen 10 Jahre lang ab der Gewährung dieser Bewilligung aufbewahrt werden.

4. Hinweis auf die Bestimmungen des Subventionsgesetzes und des Strafgesetzbuches

Unrichtige oder unvollständige Angaben zu subventionserheblichen Tatsachen können nach § 264 Strafgesetzbuch (StGB) (Subventionsbetrug) strafbar sein, sofern die Angaben für den Antragsteller oder einen anderen vorteilhaft sind. Gleiches gilt, wenn die Bewilligungsbehörde über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis gelassen worden ist.

Subventionserheblich sind

- Angaben zum Unternehmen (Sitz, Größe),
- Angaben zu dem unmittelbar infolge der Corona-Virus-Pandemie eingetretenen Liquiditätsengpass oder Umsatzeinbruch,
- Mitteilungspflichten nach Ziffer 3.,
- Angaben zu möglicherweise erhaltenen oder beantragten vergleichbaren staatlichen Hilfen sowie
- Regelung nach der vorübergehenden Gewährung geringfügiger Beihilfen im Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 („Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“).

Scheingeschäfte und Scheinhandlungen sind rechtlich unerheblich. Jede Abweichung von den vorstehenden Angaben ist der Bewilligungsbehörde und dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen unverzüglich mitzuteilen.

Rechtsgrundlagen: § 264 StGB und §§ 3 und 4 Subventionsgesetz vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (LSubvG) vom 1. März 1977 (GBl. S. 42).

5. Datenschutzerklärung

Es wird darauf hingewiesen, dass die aus den Antragsunterlagen und der Förderung sich ergebenden Daten durch die Hausbank, ggf. deren Zentralinstitut, durch das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, durch die zuständigen Bewilligungsbehörden, durch die von ihnen entsprechend den Förderrichtlinien ggf. eingeschalteten Gutachter sowie ggf. durch die Europäische Kommission und/oder die mit der Evaluierung beauftragten Institute verarbeitet werden dürfen.

Ergänzend wird auf die allgemeinen Datenschutzhinweise für das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen und das Hessische Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (<https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/jlr-DSIFGHEV1IVZ>) hingewiesen.

6. Inkrafttreten/ Befristung

Diese Richtlinie tritt am 27.03.2020 in Kraft.



FAQ Coronahilfe

Stand: 27.03.2020

Ich habe keinen Scanner

Installieren Sie sich die für alle Betriebssysteme und Geräte (Desktop, Notebook, Tablet und Smartphone) verfügbare Dokumentenscanner-App „**Office Lens**“ aus dem Hause Microsoft. Die Scanner-App gibt es kostenlos auf der Microsoft-Website, sowie im App-Store (iOS) und dem Google Play Store (Android).



Dokument mit dem Handy fotografieren und in Corona Sofort Hilfe hochladen

1. Starten Sie die App
 2. Aktivieren Sie den Scan-Modus „Dokumente“.
-
- 3. Das erste Dokument (Personalausweis) erstellen**
- a. Den Personalausweis fotografieren und begutachten Sie das Foto
 - b. Wollen Sie die Aufnahme wiederholen, dann löschen Sie zunächst die Aufnahme mit dem Mülleimersymbol und wiederholen Sie den Schritt
 - c. Die Aufnahme ist ok dann Symbol „**Fertig >**“ auswählen
 - d. Ändern Sie den angezeigten Titel z. B. „2020_03_07 07:50 Office Lens“ in z. B. „**Personalausweis_Nachname_Vorname**“ ab
 - e. Speicherort auswählen:
 - i. Nur den Eintrag „**PDF**“ auswählen
 - ii. Der Speicherort wird angezeigt und Sie sehen das gerade gescannte Dokument
 - f. Klicken Sie auf das Kamerasymbol um die Steuerunterlagen aufzunehmen
-
- 4. Das zweite Dokument (Steuerunterlagen) fotografieren**
- a. Das Steuerelement fotografieren und begutachten Sie das Foto
 - b. Wollen Sie die Aufnahme wiederholen, dann löschen Sie zunächst die Aufnahme mit dem Mülleimersymbol
-

- c. Die Aufnahme ist ok und Sie wollen ein weiteres Dokument fotografieren, dann weiter mit **Schritt 5** oder
 - d. Die Aufnahme ist ok und Sie wollen kein weiteres Dokument fotografieren, dann weiter mit **Schritt 6** oder
-

5. Weitere Dokumente (Steuerunterlagen) fotografieren

- a. das Symbol „**Neue hinz...**“ aktivieren
 - b. Dokument fotografieren
 - c. Wollen Sie die Aufnahme wiederholen, dann löschen Sie zunächst die Aufnahme mit dem Mülleimersymbol und anschließend das Symbol „**Neue hinz...**“ aktivieren, da Sie das zuvor aufgenommene Dokument sehen.
 - d. Die Aufnahme ist ok und Sie wollen ein weiteres Dokument fotografieren, dann weiter mit **Schritt 5** oder
 - e. Die Aufnahme ist ok und Sie wollen kein weiteres Dokument fotografieren, dann weiter mit **Schritt 6** oder
-

6. Dokument speichern

- a. Symbol „**Fertig >**“ bzw. bei mehreren z. B. „**>2**“ aktivieren
 - b. Ändern Sie den angezeigten Titel z. B. „2020_03_07 07:50 Office Lens“ in z. B. „**Steuern_Nachname_Vorname**“ ab
 - c. Speicherort auswählen:
 - i. Nur den Eintrag „**PDF**“ auswählen.
 - d. Symbol „**Speichern**“ aktivieren
 - e. Der Speicherort wird angezeigt und Sie sehen das gerade gescannte Dokument
-

7. Den Link zur Soforthilfe Corona öffnen

8. Antrag ausfüllen

9. Beim Schritt „Anlagen“ auf die jeweilige Schaltfläche „Hochladen“ klicken

- a. Symbol Dateien auswählen
 - b. Ihren Speicherort auswählen
 - c. Datei auswählen
 - d. Dokument für Personalausweis bzw. Steuerunterlagen auswählen
 - e. Upload kontrollieren
 - f. Ggf. hochgeladene Datei löschen und Vorgang wiederholen
-

10. Erklärungen im nächsten Schritt ausfüllen

11. Fertig



Soforthilfe beantragen – so geht's:

Stand: 30.03.2020

Damit Sie möglichst schnell an Ihr Geld kommen, haben wir uns für ein Online-Antragsverfahren entschieden. **Das funktioniert am besten, wenn Sie alle erforderlichen Informationen schon zur Hand haben, wenn Sie die Seite aufrufen.** So vermeiden Sie es, dass die Verbindung abreißt, während Sie im Regal nach Ihrer Steuernummer suchen. Wir erwarten in den ersten Tagen eine Vielzahl von Anfragen auf der Seite.

Bitte halten Sie deshalb bereit:

- ☐ **Ihren Personalausweis oder Reisepass.** Wenn Sie nicht deutscher Staatsbürger oder -bürgerin sind, nehmen Sie bitte den Ausweis, den sie stattdessen benutzen
 - ☐ **Steuerunterlagen**
 - ☐ als Einzelunternehmer bzw. -unternehmerin:
Ihren letzten **Einkommensteuerbescheid**
 - ☐ bei mehreren Unternehmen:
Ihren letzten **Feststellungsbescheid**
 - ☐ bei Personengesellschaften:
Ihren letzten **Feststellungsbescheid**
 - ☐ bei Kapitalgesellschaften:
Ihren letzten **Umsatzsteuerbescheid**
(wenn **nicht** vorhanden: letzte **Umsatzsteuervoranmeldung**
bzw. **Transferticket** zur Umsatzsteuer aus **ELSTER**)
 - ☐ bei allen Unternehmen mit mehr als 5 Beschäftigten:
Ihre letzte **Lohnsteueranmeldung**
-

Bitte beachten Sie: Diese Unterlagen sind nicht unbedingt erforderlich. Sie ersparen sich damit aber Rückfragen und beschleunigen die Bearbeitung. Deshalb empfehlen wir, sie vorzulegen. Bei den Steuerunterlagen genügen die **ersten beiden Seiten** (beim Feststellungsbescheid sogar nur die erste Seite), beim Ausweis die **Vorderseite**.

Am besten haben Sie diese Unterlagen schon eingescannt und als PDF auf Ihrem PC gespeichert. Bitte achten Sie auf die Größe der Datei - Antrag und Unterlagen dürfen je Dokument nicht mehr als 3 MB haben.

Wenn Sie **keinen Scanner** haben, können Sie die Dokumente auch mit Ihrem Smartphone erfassen. Installieren Sie dazu die kostenlose App „**Office Lens**“ von der Microsoft-Website, aus dem App-Store von Apple (iOS) oder dem Google Play Store (Android). Die Handhabung beschreiben wir **hier**.

Achtung: Diese App oder einen Scanner brauchen Sie auf **jeden Fall**. Denn Ihren Antrag müssen Sie unterschreiben. Dafür müssen Sie ihn nach dem Ausfüllen ausdrucken, unterschreiben und anschließend **wieder hochladen**.

Aber zunächst zum Ausfüllen. Dafür brauchen Sie:

- ☐ Ihren **Umsatz** des vergangenen Jahres. Denn zu Beginn des Dialogs werden Sie gefragt, ob Sie **Kleinunternehmer im Sinne des Umsatzsteuergesetzes** sind. Das sind Sie, wenn Sie im Jahr 2019 weniger als 22.000 Euro Umsatz (brutto) erzielt haben und in diesem Jahr nicht mehr als 50.000 Euro erwarten.

Im **nächsten Schritt** brauchen Sie

- ☐ Ihre Steuernummer bzw. die Ihres Unternehmens
- ☐ Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse
- ☐ IBAN, BIC und Institut Ihres Firmenkontos
- ☐ Die Rechtsform Ihres Unternehmens (Freiberufler, GmbH, oHG usw.)
- ☐ Ihre Branche (Bau, Gastronomie, Dienstleistungen usw.)

Soweit, so einfach.

Jetzt kommen wir zum eigentlichen Kern, nämlich Ihrer Situation, wegen der Sie Soforthilfe benötigen. Um Ihre maximale Unterstützung ermitteln zu können, brauchen wir

- ☐ Eine kurze Beschreibung, **wie Ihre Schwierigkeiten entstanden sind. Bitte beachten Sie:** Die Soforthilfe ist ausschließlich für Unternehmen gedacht, die aufgrund der Corona-Pandemie unverschuldet in eine existenzbedrohende Lage oder in massive Zahlungsschwierigkeiten geraten sind. **Stellen Sie dar, wie Corona Sie in Ihre Situation gebracht hat**, beispielsweise weil

- _ ein großer Teil der Aufträge, die vor dem 11. März vorlagen, durch die Krise weggefallen sind oder
- _ Ihr Umsatz in diesem März im Vergleich zum Februar oder März 2019 um mindestens die Hälfte eingebrochen ist und/oder
- _ eine behördliche Auflage im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie Ihre geschäftliche Tätigkeit massiv eingeschränkt hat oder
- _ Ihre liquiden Mittel nicht ausreichen, um kurzfristige Verbindlichkeiten wie Mieten für Geschäftsräume oder Leasingraten für Ihre Betriebsausrüstung zu zahlen.

- ☐ **Den Betrag, den Sie benötigen.** Bitte beachten Sie: Es geht nicht um Ihren Verdienst- oder Einnahmeausfall, sondern um den **Liquiditätsengpass** – also um laufende Verpflichtungen wie etwa Büromieten oder Leasingraten, die Sie aufgrund der Corona-Pandemie nicht mehr erfüllen können. Tragen Sie ein, wieviel Ihnen fehlt, um Ihren Verbindlichkeiten in den nächsten drei Monaten nachkommen zu können.

Dazu ein wichtiger Hinweis: Sie müssen auch einkalkulieren, was Sie möglicherweise in der gegenwärtigen Situation im Vergleich zu normalen Zeiten sparen: Hat Ihnen Ihr Vermieter eine Mietstundung gewährt? Konnten Sie einen Leasingvertrag lösen? So etwas ist zu berücksichtigen.

Abziehen sind außerdem **Entschädigungen**, die Sie erhalten haben, weil Ihr Betrieb aufgrund einer der Verordnungen zur Bekämpfung des Corona-Virus vom 17. März bzw. 20. März schließen musste. Sind diese beantragt, treffen aber erst nach der Soforthilfe ein, müssen Sie sie aus rechtlichen Gründen nachmelden.

- ☐ Die Zahl Ihrer Beschäftigten, aufgeschlüsselt nach der jeweiligen regulären Wochenarbeitszeit. Das System errechnet daraus Vollzeitstellen: Wer bis 20 Stunden in der Woche arbeitet, wird halb gezählt (Faktor 0,5),

wer bis einschließlich 30 Stunden arbeitet, zählt dreiviertel (Faktor 0,75). Alles darüber zählt als Vollzeitkraft. Beschäftigte auf 450-Euro-Basis werden mit dem Faktor 0,3 veranschlagt. Auszubildende zählen als Vollzeitkräfte.

Ein Beispiel: Sie sind Geschäftsführerin bzw. Geschäftsführer oder Einzelunternehmerin bzw. Einzelunternehmer und haben drei Beschäftigte mit jeweils 18 Wochenstunden, zwei mit je 25 und vier mit mehr als 30 Stunden. Drei 450-Euro-Kräfte sind auch noch bei Ihnen. Daraus ergibt sich:

3 Beschäftigte x Faktor 0,5 = 1,5
 2 Beschäftigte x Faktor 0,75 = 1,5
 4 Beschäftigte x Faktor 1 = 4,0
 3 Beschäftigte x Faktor 0,3 = 0,9

 7,9 Vollzeitstellen
 + Sie als Geschäftsführer bzw. als
 mitarbeitender Eigentümer = **8,9**

Bitte rechnen Sie an dieser Stelle noch einmal nach, ob das System Ihre Mitarbeiterzahl korrekt in Vollzeitäquivalente umgerechnet hat.

Jetzt folgt das Hochladen der Dokumente, die wir anfangs aufgelistet haben. Achten Sie bei diesem Upload auch auf die maximale Dateigröße von 3 MB.

Danach müssen Sie noch einige Erklärungen ankreuzen. Unter anderem müssen Sie uns versichern, dass Ihre Angaben der Wahrheit entsprechen.

Bitte beachten Sie: Sie müssen an einigen Stellen versichern, dass Ihr Unternehmen nicht bereits **vor** der Corona-Pandemie in Schwierigkeiten war. Dabei wird auf jeweils unterschiedliche Rechtsgrundlagen verwiesen, die Sie vermutlich nicht kennen. **Sie müssen diese auch nicht kennen.** Wenn Ihr Unternehmen **nicht**

- ☐ vor dem 31.12. 2019 in einem Insolvenzverfahren war oder
- ☐ die Verluste bis zum 11. März 2020 mehr als die Hälfte des Eigenkapitals ausmachten, oder
- ☐ Ihr Unternehmen noch Rettungsbeihilfen zurückzahlen muss oder
- ☐ noch einem Umstrukturierungsplan unterliegt

können Sie guten Gewissens bestätigen, dass Sie zu diesem Zeitpunkt nicht in Schwierigkeiten waren.



Wenn Sie in alle Kästchen den Haken gesetzt haben, folgt der entscheidende Schritt: Sie klicken auf „**Weiter**“ und erhalten dann per Mail Ihren Antrag als **PDF-Datei**.

Dieses Dokument müssen Sie

- _ ausdrucken,**
- _ unterschreiben,**
- _ und mit Ihrem Firmenstempel versehen.**

Dann **scannen Sie es ein** und laden es hoch. **Der Link hat sich am Ende des Dialogs geöffnet.** Ersatzweise ist auch eine Faxnummer angegeben.

Wir versuchen, Ihnen so schnell wie möglich zu helfen.

Unterstützen Sie uns dabei, indem Sie den Antrag zügig ausfüllen und alle Informationen und Unterlagen bereithalten. Deshalb finden Sie auf der nächsten Seite noch mal alles, was Sie brauchen, im Schnelldurchgang als Checkliste.



Es geht weiter auf Seite 6

Checkliste:

- ☐ **Vorjahresumsatz**
- ☐ **Personalausweis oder Reisepass oder Ihr entsprechendes anderes Ausweisdokument**
- ☐ **Steuerunterlagen**
 - ☐ als Einzelunternehmer:
Ihren letzten **Einkommensteuerbescheid**
 - ☐ bei mehreren Unternehmen:
Ihren letzten **Feststellungsbescheid**
 - ☐ bei Personengesellschaften:
Ihren letzten **Feststellungsbescheid**
 - ☐ bei Kapitalgesellschaften:
Ihren letzten **Umsatzsteuerbescheid**
(wenn **nicht** vorhanden: letzte **Umsatzsteuervoranmeldung**
bzw. **Transferticket** zur Umsatzsteuer aus ELSTER)
 - ☐ bei allen Unternehmen mit mehr als 5 Beschäftigten:
Zusätzlich Ihre letzte **Lohnsteueranmeldung**
- ☐ Steuernummer
- ☐ Anschrift
- ☐ Telefonnummer
- ☐ E-Mail-Adresse
- ☐ Firmenkonto mit IBAN,
BIC und Name der Bank
- ☐ Zahl der Mitarbeiter mit jeweiliger wöchentlicher Arbeitszeit
- ☐ Betrag Ihres Liquiditätsengpasses



**ALLES ABGEHAKT? DANN NICHTS WIE LOS.
HIER GEHT ES ZUM ONLINE-ANTRAG.**

Und falls Sie noch irgendwo unsicher sind:
Schauen Sie auch in unsere **FAQs**.

Maßnahmenbündel vom 25.03.2020 (Soforthilfe und Darlehen für hessische Wirtschaft)

Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie in Hessen:

- a) Corona-Soforthilfe
- b) Liquiditätshilfe für kleine und mittlere Unternehmen

a) Corona-Soforthilfe

Inhalt	Die Corona-Soforthilfe ist ein einmaliger nicht rückzahlbarer Zuschuss . Sie beträgt inklusive der Bundesförderung bei <ul style="list-style-type: none"> • bis zu 5 Beschäftigten: 10.000 Euro für drei Monate, • bis zu 10 Beschäftigten: 20.000 Euro für drei Monate, • bis zu 50 Beschäftigten: 30.000 Euro für drei Monate
Zuschussberechtigte	Unternehmen, die steuerpflichtige Einkünfte aus <ul style="list-style-type: none"> • Land- und Forstwirtschaft • Gewerbebetrieb oder • selbstständiger Arbeit erwirtschaften. • Angehörige freier Berufe • nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz versicherte Künstler sowie • am Markt tätige Sozialunternehmen in der Rechtsform einer gGmbH.
Anträge	<ul style="list-style-type: none"> • Anträge können ab 30.03.2020 ausschließlich online beim Regierungspräsidium Kassel gestellt werden http://www.rpksh.de/coronahilfe (Seite in Vorbereitung) • IHKs und HWKs unterstützen beratend bei der Antragsstellung • Nur ein Antrag für Bundes- und Landesmittel

b) Liquiditätshilfe für kleine und mittlere Unternehmen

Inhalt	Unterstützung des Landes Hessen für Unternehmen in dieser für die Wirtschaft kritischen Situation in Kooperation mit der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank). Ab 26.03.2020 können kurzfristige Liquiditätshilfen in Form von Darlehen über die „Hausbanken“ beantragt werden.
Für wen?	<ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung des Kreditprogramms Liquiditätshilfe für Kleinunternehmen auf Unternehmen mit bis zu 250 Beschäftigte
Wie viel?	Die WIBank stellt über die Hausbank ein so genanntes Nachrangdarlehen in Höhe von mindestens 5.000 Euro bis maximal 200.000 Euro zur Verfügung. <ul style="list-style-type: none"> • Nachrangdarlehen: verzichtet auf zusätzliche Risikoabsicherung durch die Hausbank
Verfahren	<ul style="list-style-type: none"> • Die Hausbank stellt als notwendige Kofinanzierung zusätzliche eigene Darlehensmittel in Höhe von weiteren 20 Prozent der Summe bereit. • Die Darlehenslaufzeit beträgt zwei Jahre mit endfälliger Tilgung oder alternativ fünf Jahre mit zwei tilgungsfreien Jahren. • Die „Liquiditätshilfe für KMU“ richtet sich an Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft (einschließlich gewerblich tätiger Sozialunternehmen) und freiberuflich Tätige mit Sitz in Hessen.
Darüber hinaus	Hessische Unternehmen können einen Zuschuss zu Sanierungsgutachten nach IDW S6 bei der WIBank beantragen. Der individuelle Zuschuss kann bis zu 50 Prozent der Kosten für das Sanierungsgutachten, maximal 10.000 Euro betragen. Dies erleichtert den Hausbanken der Unternehmen die Aufrechterhaltung der Finanzierung.

Eckpunkte der „Corona-Soforthilfe für Kleinunternehmen und Solo-Selbständige“ des Bundes

Finanzielle Soforthilfe	<p>Steuerbare Zuschüsse für Kleinunternehmen aus allen Wirtschaftsbereichen sowie Solo-Selbständige und Angehörige der Freien Berufe bis zu 10 Beschäftigten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bis 9.000€ Einmalzahlung für 3 Monate bei bis zu 5 Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) • Bis 15.000€ Einmalzahlung für 3 Monate bei bis zu 10 Beschäftigten (Vollzeitäquivalente)
Miete	<p>Sofern der Vermieter die Miete um mindestens 20 % reduziert, kann der ggf. nicht ausgeschöpfte Zuschuss auch für zwei weitere Monate eingesetzt werden.</p>
<p>Ziel: Zuschuss zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der Antragsteller und zur Überbrückung von akuten Liquiditätsengpässen, u. a. durch laufende Betriebskosten wie Mieten, Kredite für Betriebsräume, Leasingraten u. ä. (auch komplementär zu den Länderprogrammen)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Voraussetzung: wirtschaftliche Schwierigkeiten in Folge von Corona. Unternehmen darf vor März 2020 nicht in wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewesen sein. Schadenseintritt nach dem 11. März 2020. • Antragstellung: möglichst elektronisch; Existenzbedrohung bzw. Liquiditätsengpass bedingt durch Corona sind zu versichern. • Technische Daten: Mittelbereitstellung durch den Bund (Einzelplan 60); Bewirtschaftung durch BMWi, Bewilligung (Bearbeitung der Anträge, Auszahlung und ggfs. Rückforderung der Mittel durch Länder/Kommunen; Rechtsgrundlage: Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020. Kumulierung mit anderen Beihilfen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, aber auch mit bestehenden de-minimis-Beihilfen grundsätzlich möglich. Eine Überkompensation ist zurückzuzahlen. Bei der Steuerveranlagung für die Einkommens- oder Körperschaftsteuer im kommenden Jahr wird dieser Zuschuss gewinnwirksam berücksichtigt. • Programmvolumen: bis zu 50 Mrd.€ bei maximaler Ausschöpfung von 3 Mio. Selbständigen und Kleinunternehmen über 3+2 Monate. Nicht verwendete Haushaltsmittel fließen in den Haushalt zurück. 	

Quelle: www.hessen.de